

Gemeinsame Pressemitteilung

des Deutschen Hebammenverbandes e. V. (DHV) und der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e. V. (DGGG)

zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege (Versorgungsverbesserungsgesetz – GPVG)

DHV und DGGG fordern Korrekturen am Gesetzentwurf für die 1:1-Betreuung in der klinischen Geburtshilfe

Berlin, den 25.08.2020 – *Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf sieht Bundesgesundheitsminister Jens Spahn Handlungsbedarf im Bereich der klinischen Geburtshilfe. Ziel ist die 1:1-Betreuung von Gebärenden im Kreißaal. DHV und DGGG begrüßen dies ausdrücklich, raten aber aus fachlicher Sicht dringend zur Überarbeitung der aktuellen Vorlage.*

„Gemeinsam mit den Frauenärztinnen und -ärzten fordern wir nachhaltige und effektive Maßnahmen, die einen klaren politischen Willen zur perspektivischen Verbesserung der unwürdigen Situation in den Kreißälen zeigen“, sagt Andrea Ramsell, Präsidiumsmitglied im DHV. Prof. Dr. med. Frank Louwen, Vizepräsident der DGGG, moniert: „Der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht geeignet, das strukturelle Problem der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung und die dadurch bestehende personelle Unterversorgung in den Kreißälen Deutschlands zu lösen.“

Beide Verbände fordern, dass strukturelle Probleme in der Geburtshilfe durch das Gesetz nachhaltig gelöst werden. Das nationale Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ sowie das vom Ministerium in Auftrag gegebene IGES-Gutachten zur Beschäftigungs- und Arbeitssituation von Hebammen¹ müssen dafür berücksichtigt werden. Gemeinsam haben der DHV und die DGGG deshalb eine Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege vorgelegt.

Zum Hintergrund: Die Zahl ausgebildeter Hebammen war noch nie so hoch wie heute. Seit Jahrzehnten gibt es ausreichend BewerberInnen. Trotzdem herrscht konkreter Mangel. Gründe hierfür sind in erster Linie die konstant zu hohe Arbeitsbelastung im Kreißaal und die Unterbesetzung. Auch die Vielzahl fachfremder Tätigkeiten sowie die niedrige Bezahlung sind Gründe für vakante Stellen.

Das IGES-Gutachten stellt hierzu fest: „Problematisch ist, dass sich unter den Hebammen tendenziell eine weitere Verknappung ihres Arbeitsangebots abzeichnet, während 70 % der Geburtskliniken einen steigenden Hebammenbedarf in den nächsten fünf Jahren – vor allem

in den städtischen Regionen – erwarten.“ Aktuell denken laut Studie 43 % aller klinisch tätigen Hebammen darüber nach, ihre klinische Tätigkeit innerhalb des nächsten Jahres weiter zu reduzieren oder sogar ganz aufzugeben.

„Nur eine angemessenen Erhöhung der Hebammenstellen und eine Anpassung an die benötigte Betreuungsrelation kann dieses Problem lösen“, betont Prof. Dr. Anton Scharl, Präsident der DGGG. Hier sind die unterschiedlichen Versorgungsstufen im Rahmen der qualitativen Strukturierung (QFR-RL) zu berücksichtigen. Um wirkliche Veränderungen herbeizuführen, sind außerdem eine hier ausgeführte Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Stellenfinanzierung sowie eine grundlegende Veränderung der Finanzierung und Strukturierung für die deutsche Geburtshilfe nötig.

Quelle:

1. Gutachten „Stationäre Hebammenversorgung“ für das Bundesgesundheitsministerium, IGES Institut, September 2019

Kontakt und weitere Informationen:

Deutscher Hebammenverband e. V.

Pressestelle

Telefon: 030 / 3940 677 30

E-Mail: presse@hebammenverband.de

Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e. V.

Pressestelle: Sara Schönborn | Nina Franke | Kristina Wolf

Telefon: 030 / 5148 833 33

E-Mail: presse@dggg.de

Der Deutsche Hebammenverband e. V. (DHV)

Der Deutsche Hebammenverband e. V. (DHV) ist der größte Hebammenberufsverband in Deutschland und setzt sich aus 16 Landesverbänden mit über 20.000 Mitgliedern zusammen. Er vertritt die Interessen aller Hebammen. Im DHV sind angestellte und freiberufliche Hebammen, Lehrerinnen für Hebammenwesen, Hebammenwissenschaftlerinnen, Hebammen in den Frühen Hilfen, hebammengeleitete Einrichtungen sowie Hebammschülerinnen und Studierende vertreten. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist eine gute medizinische und soziale Betreuung der Frauen und ihrer Kinder vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit ein zentrales Anliegen des Verbandes. Als Mitglied in der European Midwives Association (EMA), im Network of European Midwifery Regulators (NEMIR) und in der International Confederation of Midwives (ICM) setzt er sich auch auf europäischer und internationaler Ebene für die Stärkung der Hebammenarbeit sowie die Gesundheit von Frauen und ihren Familien ein.

Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e. V. (DGGG)

Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e. V. (DGGG) ist eine der großen wissenschaftlichen Fachgesellschaften in Deutschland. Sie hat sich der Stärkung der Fachgebiete der Frauenheilkunde und Geburtshilfe verschrieben und fördert das gesamte Fach und seine Subdisziplinen, um die Einheit des Faches Frauenheilkunde und Geburtshilfe weiter zu entwickeln. Als medizinische Fachgesellschaft engagiert sich die DGGG fortwährend für die Gesundheit von Frauen und vertritt die gesundheitlichen Bedürfnisse der Frau auch in diversen politischen Gremien.